

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	74
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	257/2019
		GZ:	SI
Sitzungstermin:	03.06.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / de		
Betreff:	Ausbau der Gerontopsychiatrischen Dienste in der Landeshauptstadt Stuttgart ab 2020		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 23.05.2019, GRDRs 257/2019. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

In ihrer Wortmeldung betont StRin Gröger (SPD) die aus ihrer Sicht dringende Notwendigkeit für einen Ausbau der Gerontopsychiatrischen Dienste (GerBera) in der Stadt Stuttgart, um die Situation der betroffenen älteren Menschen zu verbessern. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf das Phänomen des demografischen Wandels, wodurch es immer mehr ältere Menschen gebe, und die allgemeine Bevölkerungszunahme in der Stadt. Für viele Menschen steige mit zunehmendem Alter auch das Risiko für gerontopsychiatrische und dementielle Erkrankungen, so die Stadträtin weiter. Deshalb sei es unabdingbar für die betroffenen Personen eine bestmögliche und nach Möglichkeit wohnortnahe Versorgung zu gewährleisten.

Zudem macht die Stadträtin darauf aufmerksam, dass die durch die Gerontopsychiatrischen Dienste zu betreuenden Fälle mittlerweile immer komplexer und damit auch zeitlich aufwendiger würden. So gebe es heutzutage immer mehr alleinlebende hochbetagte Seniorinnen und Senioren, die häufig keine familiäre Anbindung oder andere soziale Kontakte in ihrem unmittelbaren Umfeld hätten. Auch würden in Stuttgart zwischenzeitlich viele ältere Menschen mit einem Migrationshintergrund leben, die ebenfalls eine Unterstützung durch die GerBera benötigten. Hierbei verweist die Stadträtin auf die Tatsache, dass beispielsweise Fixierungen in manchen Herkunftsländern bei weitem nicht

so streng gesehen würden wie in Deutschland, was man ebenfalls im Blick behalten müsste.

Die Stadträtin weist ferner darauf hin, dass es in Stuttgart Stadtbezirke und Stadtteile gebe, wie z. B. die Neckarvororte, in denen besonders viele ältere Menschen mit einem Unterstützungsbedarf lebten. Dies sollte bei der Stellenaufteilung der GerBera berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang hält sie einen Ausbau der aufsuchenden Arbeit für zwingend geboten und nennt die Stadt München als positives Beispiel.

Vor diesem allgemeinen Hintergrund äußert sich StRin Gröger abschließend kritisch bezüglich der Stellungnahme des Referats WFB zur Vorlage. Dies unterstützt im Folgenden auch StRin Seitz (90/GRÜNE), die sich den Ausführungen ihrer Vorrednerin anschließt und ebenfalls den angestrebten Ausbau der GerBera begrüßt. Es sei wichtig, so die Stadträtin, dass Angehörige und Bezugspersonen von Betroffenen künftig möglichst schnell, kompetente Ansprechpartner finden und in dem Bereich auch wieder mehr Hausbesuche gemacht würden, da die Betroffenen selbst häufig nicht mehr in die Beratungsstellen kommen können.

Im weiteren Verlauf der Aussprache bestätigt Frau Tietze (SozA) aus sozialplanerischer Sicht den vorhandenen Bedarf für eine personelle Aufstockung bei den GerBera. Sie verweist darauf, dass aktuell bei langfristigen Fällen aufgrund fehlender personeller Kapazitäten bereits Abstriche gemacht werden müssten. Dabei müsse man aufgrund des demografischen Wandels perspektivisch davon ausgehen, dass die Anzahl der älteren Menschen mit dementiellen Erkrankungen weiter zunehmen werde. Zudem weist auch die Verwaltungsmitarbeiterin auf die zunehmende Komplexität der einzelnen Betreuungsfälle hin, wodurch wiederum häufigere Hausbesuche notwendig würden.

Gegenüber StRin Gröger erklärt Frau Tietze, die Frage, ob für einzelne Stadtbezirke oder Stadtteile aufgrund der Zusammensetzung der Bewohnerschaft ein höherer Personalschlüssel bei den GerBera erforderlich wäre, werde man künftig genau eruiieren müssen. Beispielsweise gebe es zwischen dem Stuttgarter Westen, wo vermehrt viele junge Menschen lebten, und dem Stuttgarter Osten Unterschiede hinsichtlich der Nachfrage nach einer Unterstützung durch die GerBera. Bisher gelinge es aber den Trägern, diese regionalen Unterschiede gut untereinander ausgleichen.

Für eine sorgfältige Prüfung im Zusammenhang mit der künftigen Stellenverteilung bei den GerBera in den einzelnen Stadtbezirken spricht sich als sachkundiger Einwohner für den Bereich Sozialpsychiatrie auch Herr Dr. Obert aus. Für ihn sei es denkbar in Stadtteilen und Quartieren mit besonders vielen Betroffenen vom Prinzip der Zuordnung der Stellen aufgrund der Einwohnerzahl abzuweichen.

Im Folgenden betonen Herr Dr. Obert sowie die ebenfalls anwesenden weiteren sachkundigen Einwohner für den Bereich Sozialpsychiatrie Herr Prof. Dr. Armbruster, Herr Metzger, Frau Dr. Schöck und Frau Haug-von-Schnakenburg übereinstimmend den Bedarf für eine personelle Aufstockung der GerBera in Stuttgart.

Von Herrn Dr. Obert wird darauf verwiesen, dass eine Fachkraft jährlich mittlerweile bis zu 140 Patientinnen und Patienten betreue. Dabei begleite eine Vollzeitkraft bis zu 87 Betroffene, die eine langfristige Betreuung benötigen. Bei den GerBera würden zudem 107 Personen betreut, die jährlich 50 oder mehr Kontakte erfordern, was zeitlich einen enormen Aufwand bedeute. In diesem Zusammenhang macht der Sachkundige deut-

lich, wie wichtig es gerade für dementiell erkrankte ältere Menschen sei, eine Bindung und ein Vertrauensverhältnis zum Betreuer aufzubauen. Ein regelmäßiger Betreuerwechsel könnte die Betroffenen stark verwirren. Deshalb seien die Kolleginnen und Kollegen bei den GerBera bestrebt, einen kontinuierlichen Kontakt zu ihren Patientinnen und Patienten zu halten, was neben der zunehmenden Komplexität der Betreuungsfälle ebenfalls zu einer Steigerung der Kontakthäufigkeit führe.

Herr Prof. Dr. Armbruster merkt an, dass heutzutage viele ältere Menschen so lange wie möglich in der gewohnten Umgebung der eigenen Häuslichkeit leben bleiben möchten, was den Bedarf für einen Ausbau der GerBera als koordinierende Unterstützungsdienste rechtfertige. Zudem würden dadurch vor dem Hintergrund des akuten Mangels an stationären Pflegeplätzen in der Stadt Stuttgart auch die Pflegeheime entlastet.

In seiner Wortmeldung begründet Herr Metzger den aus seiner Sicht notwendigen Ausbau bei den GerBera mit der demografischen Entwicklung sowie dem allgemeinen Bevölkerungszuwachs in der Stadt Stuttgart, der voraussichtlich auch in den kommenden Jahren weiter anhalten werde. Zudem verweist der Sachkundige darauf, dass die Krankenstände psychisch erkrankter Menschen laut dem AOK-Bericht für das Jahr 2018 wieder von 11,9 % auf 12,3 % gestiegen seien.

Frau Haug-von-Schnakenburg berichtet, dass das Angebot der GerBera in Stuttgart sogar im Landespsychiatrieplan von Baden-Württemberg als beispielhaft erwähnt werde. Die sachkundige Einwohnerin betont die Wichtigkeit, dieses Unterstützungsangebot für die älteren Menschen weiterhin wohnortnah und niedrighschwellig zu gestalten. Dies erfordere zwangsläufig auch eine Steigerung der kosten- und personalintensiven Hausbesuche in Zukunft.

Im weiteren Verlauf der Aussprache macht Frau Dr. Schöck wie schon zuvor StRin Gröger auf die Situation von älteren Menschen mit einem Migrationshintergrund aufmerksam. Um diese Menschen für die Angebote der GerBera zu erreichen, brauche es ihrer Ansicht nach aufgrund des unterschiedlichen kulturellen Hintergrunds spezielle Zugangswege und extra geschulte Fachkräfte, so die Sachkundige.

In diesem Kontext erklärt Herr Dr. Obert, aufgrund der zunehmenden Anzahl von älteren Migrantinnen und Migranten, werde bei den GerBera genauso wie bei den Sozialpsychiatrischen Diensten (SPDi) viel Wert darauf gelegt, die kulturelle Sensibilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhöhen sowie das Thema kultursensible Beratung noch stärker in den Blick zu nehmen. Hierzu sei vor kurzem erst das entsprechende Handbuch aktualisiert worden.

Anschließend begrüßt StRin Bulle-Schmid (CDU) die Vorlage im Namen der CDU-Gemeinderatsfraktion und kündigt an, ihre Fraktion werde den Vorschlag der Verwaltung im Rahmen der anstehenden Haushaltsplanberatungen unterstützen, da man sich der Notwendigkeit für einen Ausbau der GerBera in Stuttgart bewusst sei. Ferner stellt die Stadträtin klar, wenn ihre Fraktion vorschlage, Haushaltsvorlagen pauschal zu beschließen, wolle man damit eine grundsätzliche Zustimmung zum Verwaltungsvorschlag zum Ausdruck bringen und nicht das Gegenteil.

Frau Reichhardt (SozA) erklärt im Weiteren, der Verwaltung sei es sehr wichtig, eine allgemein gute Versorgung älterer Menschen in Stuttgart zu gewährleisten. Sie erwähnt ebenfalls wie schon Herr Prof. Dr. Armbruster, dass mithilfe von gut ausgebauten Ger-

Bera die Seniorinnen und Senioren länger in der eigenen Häuslichkeit verbleiben könnten und auch die stationären Angebote so begleitet bzw. kompensiert würden. Bezogen auf die älteren Menschen mit einem Migrationshintergrund meint die Verwaltungsmitarbeiterin weiter, werde eine Öffnung der Regelangebote für diese Personen angestrebt und man wolle versuchen, die Zugangshürden für diese Menschen so gering wie möglich zu gestalten. Allerdings gebe es noch sehr wenige Erfahrungen darüber, was ältere Menschen mit einem Migrationshintergrund tatsächlich benötigten. Aus diesem Grund werde die Sozialverwaltung einen Antrag im Rahmen der anstehenden Haushaltplanberatungen einbringen, mit dem Ziel, eine persönliche Befragung von älteren Menschen mit und ohne Migrationshintergrund durchzuführen, um mehr über die Bedürfnisse dieser Personengruppe in Erfahrung zu bringen.

Ergänzend zum Thema Betreuung von älteren Migrantinnen und Migranten führt Frau Tietze aus, dass derzeit 68 % der durch die GerBera betreuten Personen in Deutschland aufgewachsen seien, 11 % seien Deutsche mit einem Migrationshintergrund und 13 % Nicht-Deutsche mit einem Migrationshintergrund. Der Status der restlichen betreuten älteren Menschen sei unklar. Hilfreich im Umgang mit den Migrantinnen und Migranten sei die Tatsache, dass bei den GerBera einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst einen Migrationshintergrund hätten und damit ein leichter Zugang zu ihren Landsleuten möglich sei. Die Verwaltungsmitarbeiterin betont abschließend, dass man sich bei der Verwaltung bewusst sei, dass die Gruppe der älteren Menschen mit einem Migrationshintergrund in Zukunft weiter wachsen werde und man die GerBera aber auch die anderen sozialen Hilfsdienste auf diese Personen werde einstellen müssen. Die geplante Befragung sowie das Handbuch zum Thema kultursensible Beratung seien hierzu gute Anfänge.

Danach stellt BMin Fezer fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat von der GRDRs 257/2019 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / de

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Sozialamt (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. GPR (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. SchUB
 9. AfD
 10. LKR